



Per E-Mail an
bildungsstrategie@erz.be.ch

Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Generalsekretariat

Sulgeneckstrasse 70

3005 Bern

CMLK

Bern, 23. April 2015

Konsultationsantwort zur Bildungsstrategie 2016

Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor

Sehr geehrte Damen und Herren

Nachfolgend nimmt der Berufsverband der Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen (LEBE) Stellung zum vorliegenden Entwurf einer Bildungsstrategie 2016. LEBE verzichtet auf eine Bewertung der laufenden oder abgeschlossenen Arbeiten, die unter Kapitel 2 aufgeführt sind. LEBE weist jedoch darauf hin, dass für die Erziehungsdirektion abgeschlossene Projekte für die Schulen noch lange nicht abgeschlossen sind (z.B. Integration). Die Stellungnahme fokussiert auf

- die anstehenden bildungspolitischen Herausforderungen,
- die vorgesehene Unterrichtsentwicklung,
- die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen und
- die stabilen Rahmenbedingungen.

Grundsätzlich bestätigt LEBE die Bemühungen der Erziehungsdirektion, im Vergleich zu vorherigen Bildungsstrategien deutlichere Akzente zu setzen und damit weiter zu gehen, als eine Auflistung laufender und angedachter Projekte. Werden diese Schwerpunkte vom Parlament und von den Sozialpartnern mitgetragen, erhofft sich LEBE eine gewisse Schutzwirkung vor immer wieder neu an die Schule herangetragenen Forderungen und Aufgaben. Damit würde ein grosser Schritt in Richtung Beruhigung in der Bildung getan.

Bildungspolitische Herausforderungen

Für den Berufsverband stellen die wiederansteigenden Schülerzahlen in Verbindung mit dem gleichzeitig voranschreitenden Mangel an gut qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern eine grosse Herausforderung für die nächsten Jahre dar. Vor diesem Hintergrund werden die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen tatsächlich eine zentrale Rolle einnehmen. Es ist nicht anzunehmen, dass diese Herausforderung mit den heute vorhandenen finanziellen Mitteln gemeistert werden kann. Die Ausführungen auf S. 8 zur demografischen Entwicklung und zum Fachkräftemangel greifen nach Ansicht von LEBE zu kurz.

Unterrichtsentwicklung

LEBE begrüsst den Pädagogischen Dialog. Ist er doch ein Instrument, das der Berufsverband schon lange einsetzt und pflegt (Schulentwicklung von unten mit Weiterbildungstagungen, Publikationen zu pädagogischen Themen, Produkten zur Unterstützung der Lehrpersonen in ihrem Alltag, Aufzeigen der good practice). In erster Linie unterstützt LEBE die Absicht, **Ruhe** in die Schule zu bringen. Hat doch die LEBE-Umfrage zur Belastung der Lehrpersonen im November ganz klar ergeben, dass Reorganisationen und Reformen die Lehrerinnen und Lehrer sehr stark belasten. Auch wenn die Erziehungsdirektion moniert, Reformen abgeschlossen zu haben (Bsp. Integration), sind sie in den Schulen noch lange nicht abgeschlossen. In den Berner Schulen werden aktuelle und in Zukunft noch verschiedene Umwälzungen miteinander bewältigt und umgesetzt (Integration, Frühfremdsprachen, Lehrplan 21). Die Schulen brauchen jetzt Ruhe und Zeit, die Reformen gut umzusetzen. Der Pädagogische Dialog hat weitere Vorteile: Er stärkt die **Wertschätzung** der Lehrpersonen, weil aufgezeigt wird, was bereits Gutes geleistet wird (good practice) in den Berner Schulen. Er honoriert Engagement. Weiter ermutigt er Schulen, Schulleitungen und Lehrpersonen dazu, **Freiräume** zu nutzen und eigene, pädagogisch sinnvolle Wege zu gehen. So gesehen ist der Pädagogische Dialog ein längst fälliges und zeitgemässes Instrument, gerade auch bei der Einführung und der Umsetzung des Lehrplans 21. Ob und wie sehr er Schulentwicklung fördern kann, wird sich zeigen. Denn entwickeln werden sich die Schulen wohl vor allem im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21. Sofern dieser Prozess sehr sorgfältig angegangen wird und bezahlt wird, was bestellt worden ist.

Anstellungs- und Arbeitsbedingungen

Unter 3.1.4 auf S. 31 steht: *Hervorragende Ergebnisse in Forschung und Lehre entstehen nicht dadurch, dass die Politik inhaltliche Vorgaben macht, sondern dass die Angehörigen der Hochschulen optimale Rahmenbedingungen und stabile Verhältnisse vorfinden.* Was für die Hochschulen gilt, ist für alle Bildungsstufen gültig. Wie bereits w.o. erwähnt, wird in der Konsultationsfassung kein Bezug zum sich immer deutlicher abzeichnenden Mangel an gut qualifizierten Lehrpersonen hergestellt. Dieser Mangel darf nicht mit schlechter qualifiziertem Personal entgegengewirkt werden. Dies muss nicht nur die Pädagogische Hochschule berücksichtigen, sondern auch der Kanton. Schülerinnen, Schüler und deren Eltern haben ein Anrecht auf korrekt und vollständig ausgebildete Lehrpersonen. Annähernd qualifizierte Personen dürfen nicht das bildungspolitische Ziel sein. Die Regierung muss dafür sorgen, dass eine berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung attraktiver wird, damit eine echte Nachqualifikation zumutbar ist.

Mit der LAG-Revision wurde eine verlässlichere Lohnentwicklung angegangen. Doch bis die bernischen Gehälter tatsächlich wieder auf der vorgesehenen Höhe sind und damit im interkantonalen Vergleich einigermassen konkurrenzfähig, soll es aktuell zehn Jahre dauern. Es stellt sich heraus, dass diese Aufholfrist angesichts der anstehenden Herausforderungen zu gross bemessen ist. Das Konkurrenzumfeld schläft nicht! Hier besteht Korrekturbedarf.

Zusätzlich gilt es schleunigst die Einreihungen der Lehrpersonen in die Gehaltsklassen zu überprüfen (s. Interpellation Keller, Grüne, Hinterkappelen, *Überprüfung der Gehaltsklassen bei Lehrpersonen und Schulleitungen*). Die heutigen Einreihungen stellen in weiten Teilen keinen aktuellen Bezug zur tatsächlichen Funktion her.

LEBE unterstützt die regierungsrätliche Auffassung, dass im Bereich der objektiv vorhandenen und subjektiv empfundenen Arbeitsbelastung Handlungsbedarf besteht. Daher hat LEBE ein entsprechendes Projekt gestartet. Zusammen mit allen im schulischen Umfeld tätigen Organisationen und zusammen mit der Erziehungsdirektion sollen die Handlungsfelder bestimmt und priorisiert werden, um konkrete Verbesserungen anzugehen. Ob sich diese Massnahmen alle kostenneutral umsetzen lassen, wird sich erst noch weisen. LEBE rechnet jedoch mit Zusatzkosten (z.B. bei einer Einführung einer zusätzlichen Lektion für die Klassenlehrpersonen).

Stabile Rahmenbedingungen

LEBE würdigt die Kultur des Dialoges und der proaktiven Information der Erziehungsdirektion bei wichtigen Veränderungsvorhaben positiv. Tatsächlich ist das Bestrebten erkennbar, möglichst zurückhaltend Änderungen zu lancieren. Doch Neuerungen, wie z.B. der Lehrplan 21 oder das neue Beitragssystem bei den Hochschulen und insbesondere die Umsetzung von Sparmassnahmen führen vor Ort zu Unruhe. Klassenschliessungen oder Schulzusammenlegungen belasten dabei besonders. Unsicherheit bildet kein gutes Fundament für eine qualitativ anspruchsvolle Bildungsqualität. Auf der Volksschulstufe gilt es den Austausch mit den Gemeinden zu erwähnen, da diese bei den Umsetzungen massgeblich mitwirken.

Die rote Linie bei den Sparmassnahmen ist nach regierungsrätlicher Ansicht erreicht - für LEBE in verschiedenen Bereichen längst überschritten.

Tatsächlich sind die Bildungsausgaben nicht in einem Ausmass gestiegen, wie dies oftmals behauptet wird. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben sind sie sogar gesunken, wie die LEBE-Grafik im Anhang zeigt.

Auch die effektiven Frankenbeträge sind angesichts der vielen neuen Aufgaben, welche die Bildung im Kanton Bern seit 1991 übernommen hat, moderat angestiegen (s. Anhang). Eine vergleichende Studie von PriceWaterhouseCoopers 2015 belegt für den Kanton Bern ein in einem interkantonalen Vergleich unterdurchschnittliches Ausgabenwachstum.

Um eine Stabilisierung in der Bildung zu erreichen, sind die heutigen finanziellen Mittel ungenügend. Noch weniger ist es möglich, die anstehenden bildungspolitischen Herausforderungen möglichst kostenneutral durch eine Umlagerung von Schwerpunkten zu meistern, wie dies die Regierung vorschlägt. Der volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Nutzen der Bildung sprechen klar für eine Erhöhung der Bildungsausgaben.

Es kommt weiten Teilen der Bevölkerung seltsam vor, wenn beispielsweise Klassen aus Spargründen geschlossen werden, demgegenüber die Kantonsrechnung 2014 einen Überschuss von mehr als 200 Mio. Franken ausweist und Gelder, die für den abgelehnten Tramlinienausbau vorgesehen waren, nun in Strassenprojekte fließen, alleine weil das Geld für solche Investitionen vorhanden ist.

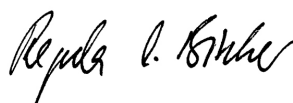
Der Kanton Bern muss sich klar dazu bekennen, dass es sich bei den Bildungsausgaben letztlich um Investitionen in die Zukunft handelt, die mindestens denselben Stellenwert wie Strassen haben.

Für allfällige Nachfragen steht Ihnen Herr Christoph Michel, Leiter Gewerkschaft, gerne zur Verfügung.

Freundlich grüssen



Martin Gatti
Präsident



Regula A. Bircher
Geschäftsführerin

Anhang Grafiken

